

„Hände weg von Venezuela – fuera Yanquis!“

Perspektive Solidarität Kiel

Redebeitrag bei der Kundgebung zur US-amerikanischen Militärintervention in Venezuela am 4.1.2026 in Kiel

Auf die eindeutig völkerrechtswidrige US-amerikanische Militärintervention in Venezuela am 3. Januar 2026 und die Entführung des amtierenden Präsidenten nach New York haben Parteien- und Regierungsvertreter*innen hierzulande nur mit Achselzucken reagiert. Immerhin haben einige zumeist linke Gruppen am 4. Januar eine Protestkundgebung nahe dem Kieler Landeshaus durchgeführt. Wir dokumentieren im Folgenden den Redebeitrag der Gruppe Perspektive Solidarität Kiel:

„In der Nacht vom 3. auf den 4. Januar 2026 hat das US-Militär auf Weisung von Donald Trump Venezuela bombardiert und seinen amtierenden Staatspräsidenten Nicolás Maduro sowie seine Ehefrau Cilia Flores entführt. Unter dem durchschaubaren Vorwand, sie seien in Drogenkartelle verwickelt, wurden beide nach New York verschleppt und sollen dort vor ein Strafgericht gestellt werden. Bereits seit Wochen hatte es wiederholte Angriffe auf vermeintliche Drogenboote aus Venezuela mit über 100 Toten gegeben. Worum es dabei aber wirklich geht, hat Trump zuletzt selbst immer wieder offen ausgesprochen und sich abgezeichnet: Einen Regime Change vollziehen, um den Zugriff auf die reichhaltigen Ölvorkommen des Landes wiederherzustellen, der den USA ‚gestohlen‘ worden sei und ‚Venezuela regieren‘.

Denn wir erinnern uns: Mit der Wahl von Hugo Chavez zum Staatsoberhaupt begann zum Jahrtausendwechsel, parallel zu anderen linken Aufbrüchen auf dem Kontinent, die boliviarische Revolution; Venezuelas ambitionierter Weg zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Ziel der daran anschließenden umfassenden Regierungsmaßnahmen war es, mit der Jahrhunderte andauernden Geschichte des Kolonialismus in Lateinamerika zu brechen, den Reichtum des Landes vor der Ausplünderung insbesondere durch den US-Imperialismus zu schützen und ihn stattdessen der Bevölkerung zukommen zu lassen. Begleitet war dies von einem gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess, der die großflächige Förderung von Kooperativen und Betrieben in Arbeiter*innen-Selbstverwaltung genauso umfasste, wie eine Räteorganisierung und andauernde politische Mobilisierung in den benachteiligten Vierteln.

Sozialreformen und schrittweise Verstaatlichung

Soziale Maßnahmen und eine bildungsoffene verbesserten die Lebensbedingungen

insbesondere der ärmeren Teile der Bevölkerung spürbar. So waren es auch die populären Klassen und indigene Bevölkerungsteile, die die Massenbasis der boliviarischen Revolution darstellten und sie aktiv und enthusiastisch vorantrieben. Dieser für etwa ein Jahrzehnt durchaus erfolgreiche Prozess vollendete zwar noch nicht die Abschaffung der bürgerlichen Verhältnisse und den Bruch mit dem Kapitalismus, änderte aber die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung grundlegend. Oder wie es eine Arbeiter*innendelegation aus Venezuela mal auf einer Veranstaltung in Kiel formulierte: ‚Der Klassenkampf in Venezuela ist nicht vorbei, aber die Regierung steht nun auf unserer Seite.‘

Voraussetzung für die zahlreichen Sozialreformen war die schrittweise Verstaatlichung von ökonomischen Schlüsselsektoren, darunter Telekommunikation, Strom, Textil-, Papier-, Stahl- und Zementfabriken, Banken, Betrieben der Lebensmittelindustrie, landwirtschaftliche Flächen und entscheidend: Öl. Hierin bestand auch der eigentliche Bruch mit dem Imperialismus, der sich bis dahin ungehindert an den reichhaltigen Schwerölvorkommen Venezuelas bedienen konnte. Insbesondere die USA reagierten hierauf aggressiv mit Sanktionen, Strafzöllen von 25% auf venezolanisches Öl, Drohungen und immer wieder innenpolitischer Einmischung.

Der in Venezuela sich entwickelte Sozialismus des 21. Jahrhunderts hatte in den 00er Jahren bedeutende Ausstrahlungskraft auf die gesamte globale Linke und war treibende Kraft der linken Emanzipationsbemühungen in Lateinamerika.

Wirtschaftlicher Verfall und autoritärer Regierungsstil

Spätestens mit dem Tod Hugo Chavez` und der Übergabe seines Amtes an Nico-

lás Maduro im Jahr 2013 wurden die durchaus berechtigten Hoffnungen immer stärker getrübt. Nicht nur die Sanktionen, auch die nicht überwindene Abhängigkeit vom Öl stürzten das bolivariische Projekt mit dem Absturz des Ölpreises um 2014 in eine tiefe Krise, aus der es sich nicht mehr befreien konnte.

Stattdessen bildete Maduros Regierungsstil immer autoritärere und repressivere Formen heraus, der Proteste aus der Bevölkerung gegen den massiven Versorgungsnotstand und auch linken Widerspruch brutal unterdrückte. Auch musste sich Maduro wiederholt den Vorwürfen der Wahlmanipulation und der Korruption stellen. All dies sind für uns als Linke gute Gründe, heute auf Distanz zu dem zu gehen, was vom Chavismus übriggeblieben ist. Nichtsdestotrotz bleibt es unsere Pflicht, die imperialistische Aggression gegen Venezuela durch die USA entschieden zurück zu weisen.

Denn wenn etwas von den bolivariischen Errungenschaften auch heute noch Bestand hat, ist es die Standhaftigkeit Venezuelas gegenüber den imperialistischen Ausbeutungsbestrebungen, die Trump nun militärisch durchsetzen will, nachdem die USA auf politischem Wege damit über viele Jahre gescheitert sind.

Die Folgen des offen angekündigten Regime Changes und dem Einsatz einer US-hörigen Marionettenregierung wird für die venezolanischen Bevölkerung keine Verbesserungen bringen, sondern sie zurück in die totale Abhängigkeit vom Imperialismus und innenpolitisch ins Chaos stürzen. Profitieren wird die kleine rechte Bourgeoisie, die schon immer die Stiefellecker des US-Imperialismus gewesen sind.

Rückkehr der Monroe-Doktrin

Es ist die unverkleidete Rückkehr der Monroe-Doktrin aus dem 19. Jahrhundert, die Lateinamerika zum Hinterhof der USA und alle Bestrebungen, die sich der Unterwerfung entziehen oder entgegenstellen, zum Feind erklärt, der notfalls gewaltsam beseitigt wird. Der aktuelle Angriff auf Venezuela reiht sich ein in eine Reihe von Putsch, Militärjuntas und konterrevolutionären Banden, die die USA im zurückliegenden Jahrhundert mal mehr, mal weniger offensichtlich unterstützt und aufgerüstet haben, um ihre Hegemonie zu sichern. Doch was sie dennoch nie geschafft haben, ist das Streben nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung in Lateinamerika zu brechen und auszulöschen.



Durch Ihre Spenden und Förderbeiträge unterstützt der FÖRDErverein Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. nach einer entbehrungsreichen Flucht hier Angekommene dabei, dass sie bleiben können. Mit Orientierung und Unterstützung im Labyrinth der Paragraphen, mit ersten Schritten am neuen Ort und in die neue Sprache und mit Beistand gegen die Angst vor der Erinnerung.

Der FÖRDErverein ist gemeinnützig und engagiert sich seit 25 Jahren rein ehrenamtlich. Fördermitglieder und Spender*innen helfen dabei, dass die, die ankommen, bleiben können und ein neues gutes Leben finden.
Foerderverein@frsh.de, www.foerderverein-frsh.de

Spendenkonto

Evangelische Bank • IBAN DE52 5206 0410 0006 4289 08
FÖRDErverein Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e. V. • Sophienblatt 82 • 24114 Kiel • Tel. 0431 735000



Das haben die wiederkehrenden linken, antiimperialistischen und indigenen Aufbrüche auf dem Kontinent in 500 Jahren kolonialer Unterdrückung immer wieder unter Beweis gestellt. Ihnen gilt auch heute unsere uneingeschränkte Solidarität, wenn der global vielerorts kriegerisch eskalierende imperialistische Wettstreit eine weitere Region ins Verderben stürzt und sein perfides Spiel der Aufteilung und Ausplünderung der Welt, das er zuletzt in der Ukraine, im Mittleren Osten und bald vielleicht auch in Ostasien betreibt, in Lateinamerika seit Jahrzehnten erstmals wieder mit offener militärischer Intervention fortsetzt. Dies bedeutet auch hier, im Herzen der imperialistischen Bestie, Widerstand zu entwickeln und linke Gegenmacht von unten aufzubauen.

Denn dass die USA trotz des offenen Bruchs des Völkerrechts außer kleinlauter Mahnungen nichts Handfestes von den hier Herrschenden zu befürchten hätten, steht außer Frage. Wenn der Imperialismus bereit ist, seine ganze militärische Macht auszuspielen, um unseren Planeten dem Kapital zum Fraß vorzuwerfen, liegt es an uns, sie zu brechen.

Yankees raus aus Venezuela! – Unabhängigkeit und Selbstbestimmung für Lateinamerika! – Tod dem Imperialismus – hoch die internationale Solidarität!"

Perspektive Solidarität Kiel:
<https://perspektive-solidaritaet.org/>

Materialhinweis:

Migrationsberatung 5.0

Das Konzept „MBSH 5.0“ konkretisiert die Bedarfe sozialer Arbeit mit Eingewanderten und Geflüchteten in Schleswig-Holstein in einer sich fortlaufend dynamisch entwickelnden Zuwanderungsgesellschaft. Die LAG der Freien Wohlfahrtsverbände SH will damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Beratungsstruktur für Eingewanderte und Geflüchtete in Schleswig-Holstein leisten und hofft auf ergebnisreiche Diskussionen mit den politisch Verantwortlichen.

Download: <https://lag-sh.org/2026/03/25/migrationsberatung-5-0/>